



# iran-report

Nr. 04/2006

## ایران رپورت

Am 21. März begann in Iran das neue Jahr. Wir wünschen allen unseren Leserinnen und Lesern aus Iran ein gutes neues Jahr, Gesundheit und viel Glück und Spaß. Möge das neue Jahr die drohenden Gefahren von unserem Land abwenden und für das iranische Volk den Weg in die Freiheit und zu einem menschenwürdigen Leben ebnen.

### I. Innenpolitik

Erklärung der Moscharekat-Partei zum Atomkonflikt / Großayatollah Montazeri kritisiert die politische Entwicklung / Gandji endlich frei / Gewalttätige Auseinandersetzung am internationalen Frauentag / Sufis brutal niedergeschlagen / Anti-Karikaturen-Konferenz in Isfahan / Neujahrsbotschaft des iranischen Schriftstellerverbandes

### II. Wirtschaft

Deutsche Firmen lieferten dem Iran-Atomprogramm zu / Gaz de France will in iranisches Gas-Projekt einsteigen / USA verlängern Sanktionen gegen Iran / Atomkraftwerke ohne ausländische Hilfe / US-Abgeordnete wollen Iran-Geschäfte von Ausländern bestrafen / USA wollen japanische Hilfe für Projekte mit Iran verhindern / Japans Nippon Oil reduziert Ölimporte aus Iran / Iran sagt Pressekonferenz auf der ITB ab / Über eine halbe Million Beschäftigte in Teheran ohne Krankenversicherung

### III. Außenpolitik

UN-Sicherheitsrat: Iran soll innerhalb von dreißig Tagen Atomprogramm aussetzen / Gespräch zwischen Iran und USA über Irak / Kein Beweis für Irans Verwicklung in den Irak-Waffenschmuggel / USA wollen iranische Führung destabilisieren / Irans Haushalt sieht 12,5 Millionen Dollar im Kampf gegen die USA vor / Olmert fordert die Welt zum Stopp des iranischen Atomprogramms auf / Teheran: USA und Großbritannien schüren ethnische Spannungen / Iraner zum Atomprogramm befragt / Ein Iraner in USA wegen versuchten Exports von Bombentechnologie angeklagt / Albright kritisiert US-Außenpolitik



*Mit dem iran-report stellt die Heinrich-Böll-Stiftung der interessierten Öffentlichkeit eine Zusammenfassung ihrer kontinuierlichen Beobachtung relevanter Ereignisse in Iran zur Verfügung.*

*Nach der von der Heinrich-Böll-Stiftung im April 2000 veranstalteten Berlin-Konferenz und verstärkt infolge der Anschläge am 11. September stellen die Entwicklungen in Iran und der Region einen zentralen Arbeitsschwerpunkt der Stiftung dar.*

*Der iran-report erscheint monatlich (Nr. 05/2006 Anfang Mai) und wird einem breiteren InteressentInnenkreis aus Politik, Wissenschaft und Medien zur Verfügung gestellt.*

Heinrich-Böll-Stiftung, Berlin, im April 2006

Wenn Sie den iran-report abonnieren oder abbestellen wollen, wenden Sie sich bitte an:

Heinrich-Böll-Stiftung

lorenz@boell.de

Fax: 030-285 34 - 494

Tel: 030-285 34 - 217

Impressum:

Hrsg.: Heinrich-Böll-Stiftung

Autor: Bahman Nirumand

Redaktion: Vera Lorenz

V.i.S.d.P.: Annette Maennel

5. Jahrgang

Heinrich-Böll-Stiftung

Hackesche Höfe

Rosenthaler Str. 40/41

10178 Berlin

Tel: 030-285 34 - 0

Fax: 030-285 34 - 109

Email [info@boell.de](mailto:info@boell.de)

[www.boell.de](http://www.boell.de)



## I. Innenpolitik

### Erklärung der Moscharekat-Partei zum Atomkonflikt

Die Moscharekat-Partei, die größte Reform-Partei Irans, hat in einer am 19. März veröffentlichten offiziellen Stellungnahme die Politik der Regierung Ahmadinedschad ungewöhnlich scharf kritisiert und einen Kurswechsel gefordert. Die Partei, deren Vorsitzender Mohammad Reza Chatami, Bruder des ehemaligen Staatspräsidenten ist, schlägt vor, das gesamte Atomprogramm, einschließlich der Atomforschung, für eine bestimmte Zeit auszusetzen, um damit international wieder Vertrauen herstellen zu können. Hier eine Zusammenfassung der Erklärung:

Die Partei zeigt sich äußerst besorgt angesichts der Gefahren, die dem Land drohen. „Die Atompolitik der monopolistischen Regierung“ habe zu einer internationalen Frontbildung gegen Iran geführt und damit in der iranischen Bevölkerung die Befürchtung ausgelöst, die Fortsetzung dieser Politik könne letztendlich nicht nur dazu führen, dass Iran das Recht auf die friedliche Nutzung der Atomenergie verweigert werde, sie könne sogar die nationale Einheit Irans in Gefahr bringen. Daher sehe sich die Partei dazu gezwungen, die Regierung zu warnen und dazu aufzufordern, ihren „abwegigen Kurs“ zu korrigieren und wieder zu vernünftigen, diplomatischen Verhandlungen zurückzukehren. „Die Regierung darf sich nicht erlauben, ihre Politik, die sich oft genug als falsch erwiesen hat, fortzusetzen und damit die Interessen des Landes zu opfern“, heißt es in der Erklärung. „Wir betonen, dass man der aggressiven Politik der Außenmächte weder mit militärischen Mitteln begegnen kann, noch mit Feindseligkeiten, die zu einer Frontbildung gegen Iran führen.“ Der richtige Weg sei vielmehr eine Politik, mit der man die internationale Staatengemeinschaft davon überzeugen könnte, dass Iran nach Demokratie strebe, Frieden wolle und den Weg der Vernunft gewählt habe.

Man dürfe die Tatsache nicht übersehen, dass die duale Nutzbarkeit der Atomenergie in der ganzen Welt Besorgnis ausgelöst habe. Unter diesen Umständen und in Anbetracht der Tatsache, dass Ost und West sich in dieser

Einschätzung einig seien, könne das Atomprogramm nicht durch eine konfrontative Politik durchgesetzt werden, sondern nur durch Konsens und Kompromisse. Dies sei genau die Politik der Reform-Regierung unter Chatami gewesen. Diese Regierung habe versucht, die Welt davon zu überzeugen, dass sich Iran an internationale Vereinbarungen halten werde. Dadurch habe man die Chance gewonnen, einerseits langfristig in den Besitz der Atomtechnologie zu gelangen und andererseits mit allen Ländern wirtschaftlich und politisch zusammen zu arbeiten.

Nach der Amtsübernahme der neuen Regierung sei bei den europäischen Verhandlungspartnern ein ernstes Misstrauen gegenüber Iran entstanden. Das Misstrauen habe sich in Gewissheit verwandelt, als die iranische Regierung Konfrontation und Angriff zur Leitlinie ihrer Politik gemacht habe. Genau diese Politik habe die Frontbildung gegen Iran beschleunigt.

Die Außenpolitik, die mit der „physischen und geistigen Ausgrenzung“ im Innern Hand in Hand gehe, habe die Fortsetzung der Verhandlungen über das iranische Atomprogramm unmöglich gemacht. Damit sei auch der größte Erfolg der Regierung Chatami, eine von den USA beabsichtigte allgemeine Frontbildung gegen Iran zu verhindern, verloren gegangen. Mit anderen Worten, die konfrontative Politik der Regierung Ahmadinedschad habe dazu geführt, dass die USA endlich ihr Ziel, Iran international zu isolieren, erreicht hätten. Nun stehe das iranische Volk vor einer nahenden Krise und müsse versuchen, die eigene, nationale Souveränität zu verteidigen und drohende Sanktionen abzuwenden.

„Wir befinden uns nun in einer Phase, bei der der geringste Schaden, den wir davon tragen werden, die internationale Isolation des Landes sein wird. Und wenn die feindliche Politik auf beiden Seiten fortgesetzt wird, werden wir bald eine Zunahme der Armut, soziale Unruhen, Flucht der Köpfe und des Kapitals, Stagnation der Forschung und der Technik und dergleichen mehr erleben. Abgesehen davon, werden wir um unsere nationale Souveränität bangen müssen, gegen die die Außenmächte ganz offensichtlich ihre Pfeile gerichtet haben. Diese Aussicht zwingt jeden Iraner, nach Lösungen und Auswegen zu suchen.“



„Die Sorge um die Zukunft unseres Landes und unseres Volkes zwingt uns dazu, die Regierung aufzufordern, statt der Wiederholung utopischer und unrealistischer Versprechungen und Parolen, endlich an die Nöte der Menschen zu denken und wie angekündigt, dafür zu sorgen, dass sich die Lebenslage der Menschen bessert und alles zu unterlassen, was unser Land in eine ausweglose Lage bringen könnte.“

Heute gehe es nicht mehr allein um vertrauensbildende Maßnahmen. Heute müsse man zunächst aus der Krise herauskommen und den Konflikt schlichten. Sanktionen oder gar militärische Maßnahmen gegen Iran müssen verhindert werden. Dazu müsse man jedoch wissen, dass gewisse Außenmächte unbedingt Vorwände brauchen, um die internationale Gemeinschaft gegen Iran mobilisieren und vereinheitlichen zu können. Die Regierung Ahmadinedschad habe genug Vorwände geliefert. Deshalb könne man jetzt nicht andere schelten. Die Äußerungen des Staatspräsidenten, die deutliche Kursänderung in der iranischen Außenpolitik, die feindliche und provokative Sprache der Regierungsmitglieder in der Presse, die Übernahme der Schlüsselpositionen in der Außen- und Innenpolitik durch radikale Kräfte und noch vieles mehr hätten ausreichend Vorwände für die Gegner Irans geliefert.

„Sollte sich dieser Kurs fortsetzen, werden wir zur dauerhaften Aussetzung unseres Atomprogramms, ja sogar unserer Forschung gezwungen werden und damit unser verbrieftes Recht zur Anreicherung, ein nationales Recht, das sogar die USA anerkannt hatte, verlieren. Das ist wahrlich keine Errungenschaft, auf die die Regierung stolz sein könnte.“

„Ein Widerstand gegen den Beschluss des UN-Sicherheitsrats wird uns zunehmend in die Isolation treiben und jeder Tag der vorbeigeht, wird uns Schänden bringen, die nicht wieder gutzumachen sind. Deshalb schlagen wir vor, einen radikalen Kurswechsel vorzunehmen, das alte Vertrauen wieder herzustellen und solange die Krise nicht beendet ist, alle Aktivitäten zur Herstellung des atomaren Brennstoffs auszusetzen.“

„Sollte die gegenwärtige Politik fortgesetzt werden, werden wir entweder nahezu die ganze Welt gegen uns haben oder wir werden, wie die Erfahrung

zeigt, am Ende doch vor den Gegnern kapitulieren oder schrittweise nachgeben. Alle drei Möglichkeiten können nur Schaden für unser Land bringen.“

Der Dialog mit einflussreichen Ländern im UN-Sicherheitsrat, insbesondere mit den USA, sei wichtig und dürfe nicht außer Acht gelassen werden. Wenn nun aber die Regierung beschlossen habe, mit den USA Gespräche zu führen, und zwar nicht nur über Irak, sondern auch über andere Themen wie den Atomkonflikt, dann müsse das Volk über diese Gespräche informiert werden.

„Wir müssen unseren Willen zum Frieden bekunden, unserem Willen zum Leben“, heißt es zum Schluss der Erklärung. „Für uns hat der Friede, der als Segen Gottes für alle Menschen, unabhängig von ihrem Glauben und ihrer Rasse, bestimmt ist, einen hohen Stellenwert. Deshalb fordern wir alle, die in der Welt für den Frieden kämpfen, auf, ihre Stimme so laut zu erheben, dass alle Aggressoren und Kriegstreiber überstimmt werden können.“

#### **Großayatollah Montazeri kritisiert die politische Entwicklung**

Großayatollah Montazeri, einer der höchsten schiitischen Geistlichen in Iran, hat die politische Entwicklung seines Landes scharf kritisiert.

„Freiheit darf es nicht nur für Politiker geben, sondern für das ganze Volk“, sagte der 83-jährige am 7. März dem Handelsblatt. Die Ziele der iranischen Revolution seien nicht erreicht worden. So seien beispielsweise die Wahlen nicht frei.

Montazeri war ursprünglich als Nachfolger des Ayatollah Chomeini designiert, fiel jedoch kurz vor dem Tod des Revolutionsführers 1989 in Ungnade, weil er die Massenhinrichtungen kritisiert und eine Liberalisierung der Politik gefordert hatte. In den 90er Jahren wurde Montazeri mehrere Jahre lang mit Hausarrest belegt. An seiner Stelle wurde der heutige religiöse Führer, Ali Chamenei, Nachfolger Chomeinis.

Zur aktuellen Situation in Iran sagte Montazeri: „Die heutige Welt akzeptiert keine Gewalt und Diktatur. Irgendwann wird sich das Volk dagegenstellen und das überwinden.“



### Gandji endlich frei

Am 16. März nachts um elf wurde der prominenteste politische Gefangene Irans, Akbar Gandji, unbemerkt von der Öffentlichkeit zu Hause abgeliefert. Sechs Jahre Gefangenschaft, Einzelhaft, Qual und Folter haben seinen Körper ruiniert. Der 48-jährige, abgemagert bis auf die Knochen, mit zerzaustem, schüttertem Haar und langem, weißem Bart sah wie ein 70-jähriger aus. Aber seine tief liegenden, wachen Augen glänzten und auf seinen Lippen lag ein triumphierendes Lächeln, als ob er den Folterern sagen wollte, ihr wart unendlich stärker als ich, aber meinen Widerstand konntet ihr nicht brechen.

Gandji gehört zu jener Generation, die zu Beginn der iranischen Revolution vor 27 Jahren mit großer Begeisterung dem Ruf des Ayatollah Chomeinis zur Gründung eines islamischen Staats gefolgt war. Eine Zeitlang war er sogar Leibwächter des Revolutionsführers. Doch wie die meisten Intellektuellen hat er nach einigen Jahren enttäuscht dem Gottesstaat den Rücken gekehrt. Nach Abschluss seines Soziologiestudiums betätigte er sich als freier Journalist. Er war auch Herausgeber der Wochenzeitung „Rah-e No“ (Neuer Weg). Das Blatt bildete ein Forum der religiösen Aufklärer, das sich mit dem Verhältnis von Islam und Moderne beschäftigte. Die Zeitung wurde nach kurzer Zeit verboten.

Später schrieb Gandji für verschiedene Zeitungen und Zeitschriften. Zu Berühmtheit gelangte er durch seine Bücher, in denen er unter anderem die Hintergründe der staatlichen Mordattentate gegen Dissidenten, insbesondere der so genannten Kettenmorde des Jahres 1998 aufdeckte. Sein Buch mit dem Titel „Die rot gekleidete Eminenz und die grauen Eminenzen“, in denen er vor allem die Intrigen des mächtigen Ex-Staatspräsidenten Haschemi Rafsandjani entlarvte, wurde zum Bestseller. Rafsandjani hat sich von diesem Schlag nie mehr erholen können.

Im April 2000 wurde Gandji nach seiner Teilnahme an einer von der Heinrich-Böll-Stiftung in Berlin veranstalteten Iran-Konferenz in Teheran verhaftet. Das Revolutionsgericht verurteilte ihn wegen Propaganda gegen den Gottesstaat, Gefährdung der Staatssicherheit und Beleidigung der Staatsführung zu zehn Jahren Haft und fünf Jahren Ver-

bannung. Das Urteil wurde später in einem Revisionsverfahren auf sechs Jahre reduziert. Doch Gandji ließ sich nicht zum Schweigen bringen. Im Gefängnis verfasste er ein „Manifest“, in dem er die Machtstrukturen des islamischen Staates und die eklatanten Verletzungen der Menschenrechte anprangerte und die Trennung von Staat und Religion forderte. Das Manifest, das im ganzen Land verbreitet wurde und große Zustimmung fand, veranlasste die Justiz, die Haftbedingungen zu verschärfen. Gandji wurde trotz Krankheit und trotz weltweiter Proteste im Gefängnis isoliert und weiterhin schwer gefoltert. Er sollte seine Kritik zurücknehmen oder sie zumindest nicht wiederholen. Aber Gandji blieb unbeugsam. Selbst als er dem Tod nah im Krankenhaus lag, schrieb er in einem offenen Brief, er habe die Wahl zwischen Selbstleugnung und Fortsetzung seines Protestes. Er habe sich für den Widerstand entschieden und werde sein „Nein“ zu diesem Staat niemals zurücknehmen. „Ich werde niemals den Kampf für Menschenrechte und Demokratie aufgeben.“

Am 19. März begrüßte die in Paris ansässige „World Association of Newspapers“ (WAN) Gandjis Freilassung und gab bekannt, dass sie den diesjährigen Preis „Goldene Feder der Freiheit“ an Gandji vergeben werde. Dieser Preis wird an Journalisten vergeben, die sich durch ihren Einsatz für Freiheit der Presse besonders ausgezeichnet haben. WAN-Geschäftsführer Timuti Baltin erklärte: „Wir freuen uns, dass Akbar Gandji endlich freigelassen worden ist.“ Gandji habe nur wegen der Ausübung seines Berufes als Journalist sechs Jahre lang im Gefängnis verbringen müssen. Baltin äußerte zugleich die Befürchtung, dass Gandji wegen seiner kritischen Haltung „jederzeit wieder in Haft genommen werden könnte.“

Zu berichten ist ebenfalls, dass Gandji zum Ehrenbürger der Stadt Florenz ernannt worden ist. Der Bürgermeister von Florenz, Leonhard Dominici, bekundete Gandji seine Solidarität. Im Namen der Bürgerinnen und Bürger der Stadt Florenz bat er ihn, die Ehrenbürgerschaft der Stadt anzunehmen. „Wir werden Gandji nach Florenz einladen und ihm die Ehrenbürgerschaft feierlich übergeben“, sagte der Bürgermeister.

**Gewaltsame Auseinandersetzung am internationalen Frauentag**

Eine Versammlung der Frauen in Teheran zum Internationalen Frauentag am 8. März wurde von der Polizei gewaltsam auseinander getrieben. Frauenaktivistinnen hatten die nicht offiziell angemeldete Kundgebung im Teheraner Studentenpark organisiert. Wenige Minuten nach dem Treffen griffen Polizeieinheiten und Zivilbeamte ein und zerrten die Frauen auseinander, während diese Freiheitslieder sangen. Die Zahl der Teilnehmerinnen wurde von der staatlichen Nachrichtenagentur mit 60 von der Agentur ISNA mit 100 und von den Teilnehmerinnen mit 200 angegeben. Die Teilnehmerin Fariba Mohadjer sagte in einem Interview mit der BBC, die Polizei sei brutal gegen die Frauen vorgegangen.

Die Nachrichtenagentur Kar zitierte den Teheraner Polizeikommandierenden, Ghodratollah Mahmudi, nach dessen Angaben es auch einige Festnahmen gegeben haben soll. Die populäre siebzjährige Dichterin Simin Behbahani sagte der Presse, dass auch sie von den Beamten geschlagen worden sei.

Friedensnobelpreisträgerin und Anwältin Schirin Ebadi erklärte in einem Interview mit der BBC, friedliche Demonstrationen seien gesetzlich erlaubt und bedürfen keiner besonderen Erlaubnis. Selbst wenn dies nicht der Fall wäre, hätte die Polizei kein Recht, Gewalt anwenden.

Ebadi äußerte die Meinung, die Gewaltanwendung sei von vornherein geplant gewesen. Sogar vor dem Eintreffen der Polizei hätten Schlägertruppen versucht, die Versammlung zu verhindern.

Auch die Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch verurteilte das „brutale Vorgehen der Polizei gegen friedlich demonstrierenden Frauen“. Seit der Amtsübernahme des Staatspräsidenten Ahmadinedschad mache die Polizei immer wieder von Gewalt Gebrauch, hieß es in einer Erklärung der Organisation.

**Sufis brutal niedergeschlagen**

Am 13. Februar wurde in Ghom, einer der heiligen Städte der Schiiten, eine Demonstration des Sufi-Ordens Nematollah brutal niedergeschlagen. Die Dervische hatten friedlich für die Erhal-

tung ihres Kulturhauses demonstriert. Wie ein Sprecher des Ordens in Europa mitteilte, wurde das gewaltsame Vorgehen von langer Hand geplant. Konservative Geistliche hatten durch Schriften und Flugblätter, in denen sie dem Orden eine Zusammenarbeit mit der CIA und mit ausländischen Mächten vorwarfen, versucht, ihre Anhänger gegen die Dervische zu mobilisieren. Als aufgetretene Schlägertruppen die Demonstranten überfielen, schritten Ordnungskräfte ein, nicht etwa um die Dervische zu schützen, sondern, um sie festzunehmen. Dabei setzten sie Schlagstöcke und Tränengas ein. Der Vorfall löste im In- und Ausland Empörung aus. Durch den Einsatz der Friedensnobelpreisträgerin und Anwältin, Schirin Ebadi, sowie der Menschenrechtsorganisationen Amnesty International und Human Rights Watch gelang es nach tagelangen Verhandlungen, die verhafteten Dervische frei zu bekommen. Doch das Problem der Feindseligkeiten gegen den Orden ist damit nicht gelöst. Die Dervische sind auf eine breite Unterstützung angewiesen, um ihren Glauben friedlich pflegen zu können.

**Anti-Karikaturen-Konferenz in Isfahan**

Am 18. und 19. März fand in der zentraliranischen Stadt Isfahan eine zweitägige Konferenz zu den umstrittenen Karikaturen des Propheten Mohammed statt. An dem Treffen unter dem Motto „Konstruktiver religiöser Dialog - Rahmen für eine Weltordnung“ nahmen mehr als 200 religiöse Gelehrte aus 40 Ländern teil, berichteten iranische Medien. Der Nachdruck der zunächst in Dänemark veröffentlichten Karikaturen in europäischen Zeitungen hatte zu einer Welle gewaltsamer Proteste in Iran und anderen islamischen Ländern geführt.

Der Vorsitzende der Konferenz, Mahmud Mohammadi-Araki, warf den USA und Israel vor, den Streit mit Absicht anzettelt zu haben, um Zwietracht zwischen Muslimen und Christen zu säen. „Dänemark ist mit Absicht gewählt worden, weil es ein Kreuz in der Fahne hat. Das Ganze war eine von langer Hand geplante Verschwörung, um einen Kreuzzug anzuzetteln und Zwietracht zwischen Muslimen und Christen zu säen“, sagte Araki der staatlichen Nachrichtenagentur IRNA.



Mehrere Redner warfen dem Westen vor, den Islam als Terrorreligion zu diffamieren. Zum Abschluss der Konferenz forderten die Teilnehmer die Vereinten Nationen auf, gegen die Verletzung religiöser Gefühle vorzugehen. Sie verurteilten die Veröffentlichung der Karikaturen als Beleidigung von weltweit mehr als einer Milliarde Muslime. Sie verlangten von der UNO, eine Konvention gegen solche Beleidigungen zu verabschieden und bei Verstößen rechtliche Schritte zu ergreifen.

In einer Schlussresolution wurden die Rede- und die Meinungsfreiheit als unveräußerliche Menschenrechte bezeichnet. Diese fänden aber ihre Grenze, wenn Bürgerrechte verletzt würden. Alle muslimischen Gelehrten wurden aufgefordert, ihr Bestes zu tun, um „teuflische Elemente“ daran zu hindern, Zwietracht zwischen den Religionen zu säen. Die Resolution soll in die Islamische Konferenz-Organisation (OIC), den Zusammenschluss islamischer Staaten, eingebracht werden.

#### **Neujahrsbotschaft des iranischen Schriftstellerverbands**

Der Verband iranischer Schriftsteller hat am 15. März eine Botschaft zum neuen Jahr veröffentlicht. Zu Beginn wird zum Gedenken an jene Schriftsteller aufgerufen, die „auf dem Weg der Freiheit des Denkens, der Meinung und der Schrift ihr Leben verloren haben“. Genannt werden u. a. Said Soltanpur, Ahmad Miralai, Ghaffar Hosseini, Mohammad Mochtari und Djafar Pujandeh.

„Da sich die Zensur der Bücher und Zeitungen täglich verschärft, fordern wir die Regierung auf, dieses Schwert gegen die freie Meinungsäußerung endlich zu brechen“, heißt es in der Botschaft.

Ferner verlangen die Schriftsteller, dass ihr Verbandsmitglied und Anwalt der Hinterbliebenen der Kettenmorde, Nasser Zarafshan, der sich seit vier Jahren in Haft befindet, unverzüglich freigelassen wird, dass im Prozess gegen die Verbandsmitglieder Azizi Bani-taraf und Mohsen Hakimi endlich Klarheit geschaffen wird, dass die Täter der Kettenmorde, bei denen auch die beiden Schriftsteller Mochtari und Pujandeh brutal ermordet wurden und die Verantwortlichen für den Tod der kanadisch-iranischen Fotoreporterin Zahra Kazemi zur Rechenschaft gezogen wer-

den, dass die Verfolgung der Studenten und Weblogger, der Chefredakteure und Herausgeber der Studentenzeitungen und die kontinuierliche und weitreichende Filterung der Internet-Seiten aufhören, dass Gewerkschaftsfunktionäre und Mitarbeiter der städtischen Verkehrsbetriebe in Teheran, darunter Mansur Ossanlu und seine Kollegen, bedingungslos freigelassen werden und alle Mitarbeiter der Verkehrsbetriebe ihre Arbeit wieder aufnehmen können und dass schließlich der Prozess gegen Abdolfattah Soltani eingestellt und er rehabilitiert wird.



## II. Wirtschaft

### Deutsche Firmen lieferten dem Iran-Atomprogramm zu

Nach einem Bericht des ARD-Magazins „Fakt“ haben Ermittler ein deutschlandweit operierendes Beschaffungsnetz für das iranische Atomprogramm aufgedeckt, meldete die Nachrichtenagentur Reuters vorab am 27. März.

„Hier geht es um das Atombeschaffungsprogramm des Iran“, sagte ein Sprecher der ermittelnden Staatsanwaltschaft Potsdam dem Magazin „Fakt“ mit Blick auf eine Tarnfirma. „Wir haben festgestellt, dass sich die Mitarbeiter der Firma ganz gezielt an Firmen in Deutschland gewandt haben, um ganz bestimmte Bauteile für den Iran aufzukaufen“, fuhr der Sprecher in Berlin fort.

„Fakt“ zufolge durchsuchten in der letzten Märzwoche mehr als 250 Zollbeamte mehrere Objekte in Deutschland. Es war eine der größten derartigen Aktionen der vergangenen Jahre. Betroffen gewesen seien 41 Firmen in zehn Bundesländern. Dabei hätten die Zollfahnder illegale Lieferungen aus Deutschland nach Iran in Millionenhöhe nachgewiesen. Im Zentrum des Netzwerkes stehe eine mutmaßliche deutsche Tarnfirma in Berlin. In einem Fall seien versandfertige Spezialkabel und eine Summe von rund zwei Millionen Euro beschlagnahmt worden. Die Waren der illegalen Beschaffungsbemühungen reichten von hydraulischen Pumpen bis hin zu Transformatoranteilen. Die Waren sollen dem Magazin zufolge über weitere Tarnfirmen in Moskau und Dubai nach Iran gelangen.

### Gaz de France will in iranisches Gas-Projekt einsteigen

Der französische Energiekonzern Gaz de France (GDF) prüft nach einem Bericht der Wirtschaftszeitung „Les Echos“ vom 14. März den Einstieg in ein großes Flüssiggasprojekt in Iran. Das Staatsunternehmen verhandelt mit iranischen Behörden und dem bereits engagierten französischen Ölkonzern Total über eine Beteiligung an der Ausbeutung des weltgrößten Gasvorkommens namens South Pars, schreibt die Zeitung. Nach einer im Dezember unterzeichneten Absichtserklärung sollen die Gespräche bis zum Sommer in eine Vereinbarung münden.

Ziel von GDF sei die langfristige Sicherung der Versorgung mit Flüssiggas, wobei das Unternehmen jährliche Lieferungen von 1,5 bis 2,5 Millionen Tonnen durch Iran anstrebe.

Teheran will demnächst mit Total, der britisch-niederländischen Shell und dem spanischen Repsol-Konzern einen Vertrag zur Entwicklung von zwei Abschnitten des South-Pars-Vorkommens unterzeichnen. Dabei soll Total einen der Teile übernehmen. Die notwendigen Investitionen für die Erschließung der Gasvorkommen werden auf jeweils 1,2 bis 1,5 Milliarden Dollar geschätzt. Laut „Les Echos“ will Gaz de France sich mit acht bis zehn Prozent an einem Gasfeld und mit vier bis fünf Prozent an einer Flüssiggasfabrik in Iran beteiligen. Die geschätzten Investitionen für GDF liegen zwischen 250 bis 315 Millionen Euro.

### USA verlängern Sanktionen gegen Iran

Die USA haben am 14. März ihre Sanktionen gegen Iran verlängert. Präsident George W. Bush begründete eine entsprechende Verordnung in einem Schreiben an den Kongress mit der Politik der Islamischen Republik. „Die Handlungen und die Politik Irans laufen den Interessen der USA in der Region zuwider und stellen eine anhaltende, außerordentliche und außergewöhnliche Bedrohung für die nationale Sicherheit, Außenpolitik und Wirtschaft der USA dar“ schrieb Bush. Ein Sprecher des Nationalen Sicherheitsrates warf Iran vor, Terroristen zu unterstützen, Menschenrechte zu missachten und nach Atomwaffen zu streben.

### Atomkraftwerk ohne ausländische Hilfe

Iran will erstmals ohne ausländische Hilfe ein Atomkraftwerk bauen. Das Kraftwerk solle „auf Basis heimischer Kapazitäten“ errichtet werden, sagte der iranische Energieminister Parwis Fattah am 13. März laut einem Bericht der staatlichen Nachrichtenagentur IR-NA. Sein Ministerium sei jetzt in der Lage, „einheimische Kraftwerke“ zu bauen und werde damit in drei bis sechs Monaten beginnen, sagte Fattah. Den Brennstoff für das neue Kraftwerk werde die iranische Atomenergiebehörde liefern. Für die Herstellung von Kernbrennstoffen ist die Anreicherung von Uran notwendig.



Energieminister Fattah begründete die Pläne für weitere Atomkraftwerke damit, dass sich der Stromverbrauch in Iran in den kommenden zehn Jahren verdoppeln werde. Die fossilen Rohstoffvorräte des Landes reichten nicht aus, um diesen wachsenden Bedarf zu decken. Iran ist innerhalb der Organisation Erdöl exportierender Länder (OPEC) der zweitgrößte Ölproduzent nach Saudi-Arabien. Mit russischer Hilfe wurde in der iranischen Stadt Buschehr bereits ein Atomkraftwerk errichtet, das noch in diesem Jahr in Betrieb genommen werden soll.

#### **US-Abgeordnete wollen Iran-Geschäfte von Ausländern bestrafen**

Eine Gruppe von US-Abgeordneten verlangt Strafen für ausländische Staaten und Firmen, die mit Iran handeln. Damit würde der Druck auf Iran erhöht, sein Atomprogramm fallen zu lassen, betonten Mitglieder des Repräsentantenhauses, die an einem entsprechenden Gesetzesentwurf arbeiten. Mit diesem soll sich der Ausschuss für Auslandsbeziehungen befassen. Zu den Befürwortern gehören Abgeordnete beider Parteien. Die US-Regierung hat sich gegen derartige Maßnahmen ausgesprochen. Um Gesetzeskraft zu erlangen, müsste der Entwurf von beiden Kammern des Kongresses verabschiedet und vom Präsidenten unterzeichnet werden.

US-Bürgern und -Firmen ist es seit Jahren verboten, mit Iran zu handeln. Der Entwurf sieht u. a. vor, Sanktionen gegen jedes Land und jede Firma zu verhängen, die mehr als 20 Millionen Dollar in den iranischen Energiesektor investieren. Auch müssten Investmentfonds mit Sitz in den USA Investitionen mit einem Iran-Bezug offen legen.

#### **USA wollen japanische Hilfe für Projekt mit Iran verhindern**

Die USA machen sich dafür stark, dass Japan seine Hilfe für ein iranisches Ölfeld und Indien sein Pipelineprojekt mit Iran einstellt. Zur japanischen Hilfe berichtete die Zeitung „Sankei Shimbun“ in ihrer Ausgabe vom 23. März, Ziel der Amerikaner sei es, den Druck auf Iran zu erhöhen. US-Vizeaußenminister Robert Zoellick und Staatssekretär Robert Joseph hätten eine informelle Bitte an die japanische Regierung gerichtet, die Pläne für die Erschließung des Ölfeldes Asa-

degan zumindest einzufrieren. Die USA befürchteten zum einen, dass Iran die Einnahmen aus dem Ölfeld nutzen könnte, um sein Atomprogramm voranzutreiben. Zum anderen würde es eine Zusammenarbeit Japans mit Iran der internationalen Gemeinschaft erschweren, eine einheitliche Front gegen die Regierung in Teheran aufzubauen, berichtet das Blatt. In Asadegan werden weltweit die zweitgrößten Ölreserven vermutet.

Ein Sprecher der Regierung in Tokio sagte zu dem Bericht, die japanischen Pläne für das Ölfeld Asadegan seien derzeit nicht Gegenstand von Gesprächen mit den USA. Zudem sei das Projekt entscheidend, um dem ressourcenarmen Japan eine stabile Energieversorgung zu sichern. Japan werde sowohl der Nichtverbreitung von Atomwaffen als auch den Bedürfnissen der eigenen Energieversorgung Beachtung schenken, fügte der Sprecher hinzu.

#### **Japans Nippon Oil reduziert Ölimporte aus Iran**

Japans größter Ölverarbeiter Nippon Oil hat eine 15-prozentige Reduzierung seiner Erdöleinkäufe in Iran angekündigt. 2006 werde das Unternehmen rund 22.000 Barrel pro Tag weniger aus Iran einführen als im Vorjahr, teilte Nippon-Oil-Chairman Fumiaki Watari am 15. März mit. 2005 waren es im Durchschnitt 142.000 Barrel pro Tag. Grund für diese Entscheidung sei die Sorge, dass es zu Lieferausfällen bei iranischem Öl kommen könnte, erklärte er.

#### **Iran sagte Pressekonferenz auf der Tourismusmesse ab**

Iran hat seine Pressekonferenz auf der Internationalen Tourismus-Börse (ITB) in Berlin abgesagt. Der zuständige Minister könne nicht kommen, deshalb sei der Termin gestrichen worden, sagte eine Sprecherin der Berliner Messe. Im Vorjahr hatte Iran auf der ITB große Pläne angekündigt. Demnach sollten innerhalb weniger Jahre 30 Milliarden Dollar in die Infrastruktur investiert werden und die Zahl der Touristen innerhalb von zwei Jahrzehnten auf 20 Millionen pro Jahr steigen.

**565.000 Werktätige in Teheran ohne Krankenversicherung**

Wie das Teheraner Sozialamt bekannt gab, sind 565.000 Werktätige in Teheran ohne jegliche Art von Versicherung. Die Angst vor Entlassung und der Mangel an eigenen Mitteln für eine Privatversicherung habe dazu geführt, dass die Arbeiter nichts unternehmen, um für ihre eigene Sicherheit und die Sicherheit ihrer Familie zu sorgen, sagte Amtsleiter Mohsen Schakeri. Das Amt sei jederzeit bereit, sich um die Lage der Arbeiter zu kümmern, fuhr Schakeri fort. Dazu gehöre auch, die Arbeitgeber zur Einhaltung ihrer Pflichten - einschließlich der Krankenversicherung - zu zwingen.

Zurzeit gebe es in Großteheran 142.000 Werkstätten. Sein Amt habe in den vergangenen neun Monaten, aufgefordert durch Werktätige, bei 17.000 dieser Werkstätten Untersuchungen durchgeführt und die Arbeitgeber dazu verpflichtet, die Arbeiter zu versichern. Die unbefriedigende Situation habe ihre Ursachen darin, dass auf der einen Seite die Arbeiter ihre Rechte nicht kennen und sich scheuen, zu dem zuständigen Amt Kontakt aufzunehmen und zweitens darin, dass die Arbeitgeber das Amt nicht korrekt über ihren Betrieb informieren, sagte Schakeri.

**III. Außenpolitik****UN-Sicherheitsrat: Iran soll innerhalb von dreißig Tagen Atomprogramm aussetzen**

Im iranischen Atomstreit gab es in den letzten Tagen vor der Sitzung des IAEA-Gouverneursrats am 6. März in Wien noch einen Hoffnungsschimmer zur Lösung des Konflikts. Doch dieser wurde durch ein Nein aus Washington zunichte gemacht. Russland hatte seinen Vermittlungsvorschlag durch ein Zugeständnis an Iran ergänzt. Iran solle gestattet werden, zu Forschungszwecken auf niedriger Ebene Uran anzureichern. Den zulässigen Umfang solle IAEA festlegen, nach der Maßgabe, die Gefahr einer Atomwaffenproduktion durch Iran zu minimieren. Dafür sollte Iran andere Teile seines Atomprogramms für eine begrenzte Zeit aussetzen. Mit diesem Zusatz hätte auch Iran leben können. Anfang März hatte Irans Verhandlungsführer Ali Laridjani einen ähnlichen Vorschlag vorgelegt. Damit hätte eine Überweisung des Konflikts an den UN-Sicherheitsrat verhindert werden können. IAEA-Generaldirektor EL Baradei äußerte sich optimistisch. „Ich habe immer noch Hoffnung, dass ein Abkommen erreicht werden kann“, sagte er am 6. März vor Beginn der Tagung in Wien.

Prompt kam ein Nein aus Washington. Der Sprecher des Außenministeriums Tom Casey sagte, er sehe „keine konkreten Vorschläge oder konkrete Ideen“, die die Überweisung an den Sicherheitsrat hinauszögern könnten. „Man kann nicht nur ein bisschen schwanger sein“, betonte Casey mit einem Blick auf mögliche Urananreicherung in kleinem Rahmen auf iranischem Boden.

Um den Plan doch noch zu retten, reiste der russische Außenminister Sergej Lawrow nach Washington. Und zum Erstaunen aller in der Welt sagte er nach einem Gespräch mit seiner Kollegin Condoleezza Rice, ein Kompromiss mit Iran sei nicht in Sicht und ein neuer Vorschlag liege nicht vor! Rice betonte: „Die Position der Vereinigten Staaten ist klar - die Anreicherung von Uran auf iranischem Boden ist nicht akzeptabel.“ Sie rechne damit, dass der Fall schon bald an den Welt-sicherheitsrat verwiesen werde. Am selben Tag drohte US-Vizepräsident Dick Cheney Teheran schwerwiegende Konsequenzen an, sollte die iranische Regierung im Atomstreit nicht von ihrer Position abrücken. Die internatio-



nale Gemeinschaft sei auf „bedeutungsvolle Konsequenzen“ vorbereitet, sagte Cheney vor einer pro-israelischen Lobby-Gruppe. Die USA hielten alle Optionen offen. Gemeinsam mit weiteren Ländern hätten sie eine klare Botschaft: „Wir werden dem Iran nicht erlauben, eine Atomwaffe zu besitzen.“

Endlich erreichten die USA ihr erstes Ziel. Am 7. März beschloss der IAEA-Gouverneursrat, die Akte Irans an den UN-Sicherheitsrat zu überweisen. Washington begrüßte die Entscheidung. Der stellvertretende US-Außenminister Nicholas Burns sagte in Washington, er erwarte eine „konzentrierte Aktion der UNO“, die den Druck auf Iran schrittweise erhöhen solle. Burns verwies zudem auf die Möglichkeit „gezielter Sanktionen“, die insbesondere Irans Führung und nicht dessen Volk schaden sollen. Der US-Botschafter bei der IAEA, Gregory Schulte, sagte, die iranische Führung habe einen Monat lang Zeit gehabt, um den Forderungen der IAEA nachzukommen. Sie habe aber „nicht eine davon“ erfüllt, so dass immer mehr „bedeutsame Folgen“ drohten. Der Diplomat versicherte, Iran habe schon jetzt soviel Uran, dass er nach der Anreicherung zehn Atombomben bauen könnte.

Der russische Außenminister Lawrow schloss eine militärische Lösung des Konflikts aus. Er sei „überzeugt“, dass dies der falsche Weg wäre, sagte er in New York. Mögliche Strafen durch den Sicherheitsrat beurteilte er mit Skepsis: „Ich glaube nicht, dass Sanktionen als Mittel zur Krisenbewältigung in der jüngeren Geschichte jemals ihr Ziel erreicht haben.“

In Teheran löste die Entscheidung, Irans Akte an den UN-Sicherheitsrat zu überweisen, heftige Reaktionen aus. Am 11. März drohte Innenminister Mostafa Purmohammadi, sollte der Sicherheitsrat Sanktionen gegen Iran beschließen, werde Iran das Öl als Waffe einsetzen. „Wir werden alle Mittel einsetzen“, sagte der Minister. „Wir sind reich an Energieressourcen. Wir kontrollieren die größte und kritischste Energieroute der Welt.“

Doch bereits am nächsten Tag dementierte Außenminister Manuchehr Mottaki die Äußerungen seines Ministerkollegen. Sein Land wolle ein zuverlässiger Öllieferant für Asien bleiben und sei darüber hinaus entschlossen, mit seinem Öl keine Außenpolitik zu betrei-

ben, sagte der Minister, der aber seinerseits mit dem Ausstieg aus dem Atomwaffensperrvertrag drohte. Sollte Iran das Nutzungsrecht aus dem Atomwaffensperrvertrag verwehrt werden, müsste seine Regierung ihre bisherige Politik überdenken. Am selben Tag erklärte Außenamtssprecher Hamid Resa Assefi, der russische Vorschlag sei für sein Land keine Option mehr. „Die Lage hat sich jetzt geändert. Der russische Vorschlag steht nicht mehr auf der Tagesordnung.“

Nun lag Irans Akte dem UN-Sicherheitsrat vor, doch die fünf Vetomächte, USA, Russland, China, Frankreich und Großbritannien konnten sich wochenlang nicht einigen. Während die westlichen Mitgliedstaaten auf rasches Handeln und Sanktionen gegen Iran drängten, wehrten sich Moskau und Peking dagegen, Iran zu sehr unter Druck zu setzen. Deren Meinung nach sollte sich nicht der Sicherheitsrat, sondern weiterhin die Atombehörde mit dem Fall Iran befassen und versuchen, den Konflikt auf diplomatischem Weg zu lösen. Die Differenzen schienen unüberbrückbar. London, wohl auch Berlin, schlugen vor, die USA sollten direkt mit Teheran verhandeln. Doch die USA lehnten nach wie vor ab.

Endlich, am 30. März wurde im Sicherheitsrat eine Einigung erzielt. Die fünfzehn Ratsmitglieder forderten in einer Erklärung Iran auf, innerhalb von dreißig Tagen sein Atomprogramm vollständig einzustellen. Diese Erklärung ist jedoch im Gegensatz zu einer formalen Resolution völkerrechtlich nicht bindend. Ferner enthält sie keinerlei Androhungen von Sanktionen.

Während US-Außenministerin Rice die Erklärung als „wichtigen diplomatischen Schritt“ bezeichnete und meinte, der Iran sei „nun stärker isoliert als je zuvor“, erklärte Irans UNO-Botschafter Javad Zarif, sein Land werde sich „keinem internationalen Druck beugen“ und nicht das Recht aufgeben, den atomaren Brennstoff zur friedlichen Nutzung herzustellen.

Dass die Erklärung so „sanft“ und ohne Konsequenzen ausfiel, ist auf den Widerstand Moskaus und Pekings zurückzuführen, die nach wie vor Sanktionen gegen Iran ablehnen. Diese Meinung vertritt offenbar auch der Generalsekretär der Internationalen Atombehörde (IAEA) El Baradei. „Sanktionen sind eine schlechte Idee“, sagte El Bara-



dei. „Wir sehen uns keiner unmittelbaren Bedrohung gegenüber. Wir müssen den Ton senken.“

Einen Tag nach der Erklärung des Sicherheitsrats tagten die Außenminister der fünf ständigen Mitglieder gemeinsam mit Deutschlands Außenminister Steinmeier und mit dem EU-Außenbeauftragten Javier Solana in Berlin, um weitere Schritte zu planen. Doch auch dieses Treffen brachte nichts Neues. Mit der Erklärung sei nun ein klares Zeichen gesetzt, sagte Steinmeier auf der abschließenden gemeinsamen Pressekonferenz. „Deshalb sind jetzt entsprechende Signale und zwar belastbare Signale aus dem Iran erforderlich. Wir hoffen sehr, dass der Iran die bestehende Chance ergreift und sich für eine Wiederaufnahme der Verhandlungen entscheidet.“ Andernfalls werde sich das Land in der Staatengemeinschaft weiter isolieren.

#### **Gespräch zwischen Iran und USA über Irak**

Der geistliche Führer des Obersten Rats der islamischen Revolution im Irak, Ayatollah Abdolaziz al Hakim, hat die Islamische Republik Iran gebeten, einem Gespräch mit Washington über Irak zuzustimmen. Vorher hatte Iran behauptet, durch ein Schreiben des US-Botschafters im Irak, Zalmay Khalilzad, eine Einladung zum einem Gespräch erhalten zu haben. Diese Einladung wurde jedoch von Khalilzad dementiert.

Botschafter Khalilzad, der ursprünglich aus Afghanistan stammt und Persisch spricht, hatte im vergangenen November erklärt, vom Weißen Haus in Washington die Erlaubnis erhalten zu haben, mit Teheran Gespräche zu führen, die allerdings ausschließlich Irak zum Thema haben sollten.

Ayatollah Hakim, der zu den Führern einer von schiitischen Gruppen gebildeten Koalition gehört, die im irakischen Parlament über 130 Sitze verfügt, sagte: „Wir haben die weise Staatsführung Irans gebeten, ein klärendes Gespräch mit den Vereinigten Staaten zu führen und sich über strittige Fragen zu verständigen. Dieses Gespräch wird im Interesse des Irak sein.“

Irans Revolutionsführer Ayatollah Ali Chamenei stimmte überraschend dieser Bitte zu. „Die Amerikaner haben uns

schon mehrmals in und außerhalb Iraks um Verhandlungen gebeten, aber wir haben stets abgelehnt“, sagte Chamenei. Doch wenn Iran nun dazu beitragen könne, die katastrophale Lage im Irak zu beruhigen, werde man das Gesprächsangebot Washingtons annehmen. Die Behauptung, Teheran habe um das Gespräch gebeten, bezeichnete Chamenei als „Lüge“. „Wir sind der Meinung, dass die USA endlich das irakische Volk in Ruhe lassen sollten“, betonte der Revolutionsführer. Dies sei der beste Weg, um wieder Normalität in das Land einkehren zu lassen.

In der Tat hatte die US-Regierung schon vor Monaten Teheran die Bereitschaft zu einem Dialog über die Situation im Irak signalisiert. Grund dafür ist der große Einfluss Irans im Irak, vor allem der Einfluss unter den irakischen Schiiten, die seit dem Sturz Saddam Husseins die größte Macht im Irak stellen. Die enge Verbindung zu den Schiiten geht auf die Zeit des iranisch-irakischen Kriegs (1980-1988) zurück. Die militärische Auseinandersetzung zwischen den Nachbarländern hatte zur Folge, dass hunderttausende irakischer Schiiten nach Iran flüchteten und sich bis zum Sturz des Baath-Regimes dort aufhielten. Hier bauten sie unter der Führung einflussreicher Ayatollahs den irakischen Widerstand gegen das Regime in Bagdad auf. Der Oberste Rat der Islamischen Revolution im Irak“ (SICRI) wurde bereits 1980 im Iran gegründet. Hier wurden auch mehrere tausend bewaffnete Milizen von iranischen Revolutionswächtern ausgebildet. Diese sind bis heute als militärischer Arm des SICRI aktiv. Auch andere führende schiitische Geistliche fühlen sich Iran verbunden, so das schiitische Oberhaupt Ayatollah Sistani, der iranischer Herkunft ist. Auch die Kurden wurden während der Saddam-Diktatur Jahre lange von Teheran unterstützt.

Die USA sind sich über den großen Einfluss Irans im Irak bewusst. Sie haben schon oft Teheran davor gewarnt, sich in die inneren Angelegenheiten Iraks einzumischen und Unruhen zu schüren. Alliierte Truppen hätten mehrere improvisierte Sprengsätze und Bombenteile beschlagnahmt, die eindeutig im Iran hergestellt worden seien, sagte US-Präsident George W. Bush einen Tag bevor die Zustimmung zu Verhandlungen aus Teheran kam.



In Teheran war die Gesprächsbereitschaft mit den USA, die zunächst von Ali Laridjani, dem Generalsekretär des Obersten Nationalen Sicherheitsrats geäußert wurde, bei den Hardlinern auf Ablehnung gestoßen. Hossein Schariatmadari, Berater des Revolutionsführers Chamenei erklärte, der Iran werde in eine „schreckliche Falle“ tappen. Andere sind der Meinung, ein direktes Gespräch mit Washington werde Irans Position stärken und das Land international aufwerten. Die Reformier fordern sogar, er Dialog solle sich nicht auf den Irak beschränken. „Wenn die Tür zum Dialog geöffnet wird, wird sich die Tür zum Krieg schließen“, schrieb die liberale Tageszeitung Schargh.

Die Bereitschaft Teherans mit Washington zu verhandeln, stieß bei der US-Regierung auf Skepsis. Teheran wolle ein Ablenkungsmanöver inszenieren und den internationalen Druck wegen seines Atomprogramms abschwächen, sagte der Sicherheitsberater von US-Präsident Bush, Steven Hadley. Es sei erstaunlich, dass Iran gerade jetzt, wo der UN-Sicherheitsrat über mögliche Sanktionen wegen des Atomprogramms berate, über den Irak reden wolle. „Sie versuchen, daraus Verhandlungen über ein breites Themenspektrum zu machen.“

Demgegenüber sagte Khalilzad, der auch als Gesprächspartner für Verhandlungen mit Iran vorgesehen ist, er sei sich mit dem iranischen Außenminister darüber einig, dass man nicht über den Atomkonflikt sprechen werde. Auch werde er mit der iranischen Seite nicht über den Irak „verhandeln“, da die irakischen Politiker über das Schicksal ihres Landes selbst entscheiden müssten. Dies betonte auch US-Außenministerin Condoleezza Rice während ihres Besuchs in Australien am 17. März in Sydney. Sie schloss kategorisch aus, dass bei den Gesprächen, die Khalilzad führen werde, auch das iranische Atomprogramm auf die Tagesordnung kommen könnte. „Diese Gespräche sind auf Fragen beschränkt, die den Irak zum Thema haben“, sagte Rice.

Revolutionsführer Chamenei wird sich wohl bei seiner Zustimmung zu Verhandlungen mit Washington an die Worte seines Vorgängers Ayatollah Chomeini erinnern haben, der einmal gesagt hatte, wenn es um die Interessen des Gottesstaats gehe, könne man selbst auf die wichtigsten Grundsätze des Islam wie Beten und Fasten verzichten. Demnach könne man wohl auch mit dem

„großen Satan“ USA verhandeln, muss sich Revolutionsführer Ali Chamenei gedachte haben.

Beide Seiten haben ein großes Interesse an Verhandlungen. Die USA stecken als Besatzungsmacht im Irak in einer tiefen Krise, aus der sie offenbar nicht alleine herauskommen. Das Land befindet sich bereits im Bürgerkrieg und dem ist allein mit militärischen Einsätzen nicht beizukommen. Washington kann sich aber auch nicht ohne erheblichen Prestigeverlust einfach davon machen und damit eingestehen, dass der Krieg nicht nur auf Lügen aufgebaut, sondern auch völlig widersinnig war und statt Demokratie den Irakern nur Chaos und Zerstörung beschert hat.

Um aus diesem Dilemma herauszukommen, braucht Washington Teherans Hilfe. Iran könnte, wenn er wollte, zur Beruhigung der Lage einen wichtigen Beitrag leisten. Aber was für einen Grund gäbe es für Teheran, gerade dem großen Satan, der dem Land mit Sanktionen und gar Krieg droht, aus der Patsche zu helfen? Eigentlich keinen. Im Gegenteil, je größer die Unruhen im Irak sind, desto geringer ist die Gefahr eines militärischen Angriffs. Es sei denn, die USA würden Iran Angebote machen, die verlockend genug wären, um sich auf einen Deal einzulassen, zum Beispiel eine Verzichtserklärung auf militärische Maßnahmen abgeben. Doch darauf wird sich Washington nicht einlassen. Somit wird aus den Gesprächen für die USA kaum etwas herauspringen, wohl aber für den Iran. Schon die Tatsache, dass die USA den Einfluss Teherans im Irak akzeptieren, ist für Iran eine enorme Aufwertung. Damit wird die iranische Drohkulisse glaubwürdiger und die Behauptung bestätigt, dass ein militärischer Angriff auf Iran in der gesamten Region einen Flächenbrand auslösen würde.

Indes warnte der Generalsekretär der Arabischen Liga, Amr Mussa, vor Beginn des Jahresgipfels der Liga in der sudanesischen Hauptstadt Khartum am 28. März vor einer „Marginalisierung“ der arabischen Staaten bei der Gestaltung der Zukunft des Irak. Gespräche „hinter dem Rücken der Iraker und Araber“ könnten „nicht fruchtbar“ sein, sagte Mussa. Auch Ägyptens Außenminister Ahmad Abduk Gheit forderte die arabischen Länder auf, ihre Ansprüche auf eine wichtige Rolle im Irak geltend zu machen. „Es gibt eine US-iranische Absprache über einen Dialog zum Irak. Es



sollte eine arabische Rolle geben", sagte Gheit. Ähnlich äußerte sich sein irakischer Kollege Hoschjar Sebari.

#### **Kein Beweis für Irans Verwicklung in den Irak-Waffenschmuggel**

Die USA haben einem ihrer führenden Generäle zufolge keine Beweise dafür, dass die iranische Regierung für den Schmuggel von Waffen in den Irak verantwortlich ist.

US-Verteidigungsminister Donald Rumsfeld hatte behauptet, Personal der iranischen Revolutionsgarden hätte sich im Irak aufgehalten und hinzugefügt: „Alles, was man weiß, ist, dass man im Irak Ausrüstung, Waffen, Sprengsätze und was auch immer findet, und das kommt aus dem Nachbarland.“ Demgegenüber betonte General Peter Pace jedoch am 15. März im Pentagon, dass seinem Land keine Beweise vorlägen, dass die Regierung in Teheran hinter diesen Entwicklungen stecke.

#### **USA wollen iranische Führung destabilisieren**

Ungeachtet der Bereitschaft zu Gespräche mit Teheran plant Washington eine breit angelegte Kampagne zur Destabilisierung der Führung in Iran. Wie die „Washington Post“ in ihrer Ausgabe vom 13. März berichtete, soll die iranische Opposition verstärkt unterstützt werden. Ferner sei geplant, zusätzliche Posten im Washingtoner Regierungsapparat und an US-Botschaften einzurichten, um Iran genauer unter die Lupe zu nehmen.

Die neue US-Kampagne ziele darauf ab, einen Regimewechsel in Iran zu befördern, schrieb die „Washington Post“. Präsident George W. Bush habe in den vergangenen Monaten außergewöhnlich viel Zeit auf Iran verwendet. So beriet er sich dem Blatt zufolge bereits mit dreißig bis vierzig Spezialisten über das Land. Außerdem sei im Außenministerium ein eigenes Büro mit Zuständigkeit für Iran geschaffen worden. Künftig würden sich dort zehn statt bisher zwei Experten ausschließlich mit dem Land befassen. In den Vereinigten Arabischen Emiraten sowie in anderen Staaten der Region sollen außerdem neue diplomatische Posten eingerichtet werden, um Iran zu beobachten.

Die US-Regierung hat demzufolge ein Programm im Volumen von 75 Millionen Dollar aufgelegt, um Radiosendungen nach Iran auszustrahlen, regierungsunabhängige Organisationen im Land zu unterstützen und kulturellen Austausch zu fördern. Der offizielle US-Auslandsender Voice of Amerika sendet derzeit täglich eine Stunde nach Iran, ab April sollen es der Zeitung zufolge vier Stunden sein, zu einem späteren Zeitpunkt ist ein ganztägiges Programm geplant. Radio Farda, das im Rahmen des „Radio Freies Europa“ bereits seit Jahren von den USA finanziert wird, sendet rund um die Uhr in persischer Sprache.

#### **Irans Haushalt sieht 12,5 Millionen Dollar im Kampf gegen die USA vor**

Das islamische Parlament in Teheran hat einem Haushaltsantrag zugestimmt, in dem 12,5 Millionen Dollar zur „Entdeckung und Abwehr von Verschwörungen und Einmischungen der USA“ verwendet werden sollen. Offenbar ist dieser Beschluss eine Antwort auf den Beschluss der US-Regierung, 75 Millionen Dollar zur „Förderung der Demokratie“ in Iran einzusetzen.

Konkret sollen die 12,5 Millionen Dollar, die der Regierung in Teheran zur Verfügung stehen sollen, zum einen für Propaganda-Kampagnen im In- und Ausland gegen die USA und gegen den „Kulturimperialismus“ und zum anderen für die Prozesskosten bei Klagen der Islamischen Republik gegen die USA bzw. gegen US-Firmen eingesetzt werden. Diese Klagen richten sich einmal gegen die US-Regierung und US-Firmen, die Irak während des achtjährigen Krieges gegen Iran chemische Waffen zur Verfügung gestellt oder an der Herstellung dieser Waffen beteiligt waren. Zum anderen gegen Verstöße gegen die Immunität iranischer Regierungsvertreter oder Staatsbürger. Drittens geht es um solche Aktivitäten der USA, die unter Missachtung des internationalen Rechts wie Einmischung in innere Angelegenheiten anderer Staaten, zum Tod, zu physischen, psychischen oder finanziellen Schäden von Menschen geführt haben. Es geht auch gegen die Unterstützung von terroristischen Organisationen (gemeint ist vor allem die Unterstützung der iranischen Volksmodjahedin), denen auf dem US-Hoheitsgebiet der Aufenthalt erlaubt worden sei, was zum Tod oder zu physischen, psychi-



schen und finanziellen Schäden zahlreicher Personen geführt habe.

Das Parlament hat die Planungsorganisation verpflichtet, alle drei Monate einen Bericht über die Ausgaben und Aktivitäten, die in diesem Rahmen vorgesehen sind, vorzulegen.

#### **Olmert fordert die Welt zum Stopp des iranischen Atomprogramms auf**

Israels amtierender Ministerpräsident Ehud Olmert hat vor einer Sitzung des Gouverneursrats der Internationalen Atombehörde (IAEA) die Welt aufgefordert, das iranische Atomprogramm zu stoppen. Nach israelischen Medienberichten vom 6. März sagte Olmert während einer Video-Ansprache vor Repräsentanten der jüdischen Organisation AIPAC in Washington, Israel könne dies nicht allein tun. „Iran stellt eine schwere Bedrohung der gesamten modernen, zivilisierten Welt dar“, betonte der 60-Jährige. „Wir müssen alle notwendigen Maßnahmen ergreifen“, um die iranische Führung am Bau von Atombomben zu hindern und mit Hilfe der Vereinigten Staaten von Amerika sei dies möglich. „Gott sei dank ist Amerika in dieser Angelegenheit auf unserer Seite“, sagte Olmert. Israel gilt derzeit als die einzige Atommacht im Nahen Osten.

Der US-Botschafter bei den Vereinten Nationen, John Bolton, sagte bei der Tagung des amerikanisch-jüdischen Ausschusses, die Weltgemeinschaft solle alle Mitteln einsetzen, „um die Gefahr zu unterbinden, die vom iranischen Regime ausgeht“. Der Regierung in Teheran müsse klargemacht werden, dass ihr „spürbare und schmerzhaft Folgen“, drohten, wenn sie „den Weg der internationalen Isolierung“ fortsetze.

#### **Teheran: USA und Großbritannien schüren ethnische Spannungen**

Teheran hat den USA und Großbritannien vorgeworfen, ethnische und religiöse Spannungen im Iran zu schüren. Nach einem Angriff afghanischer Kämpfer in der grenznahen iranischen Provinz Sistan-Balutschistan mit 23 Toten sagte Innenminister Mostafa Pur-Mohammadi laut einem Bericht der Nachrichtenagentur ISNA vom 18. März, „es ist klar, dass die beiden Länder hinter den Vorfällen stehen“. Bei der Attacke auf einen Konvoi zwischen Sabol und

Sahedan nahe der Grenze zu Afghanistan und Pakistan waren 23 Menschen getötet worden, darunter der Gouverneur von Sahedan. Inzwischen hat eine Gruppe mit dem Namen „Djondollah“ die Verantwortung für den Anschlag übernommen.

Die iranische Regierung hat, obwohl der Gouverneur von Sahedan unter ihnen war, sich zu der Gruppe der Getöteten nicht geäußert. Es hieß lediglich, es habe sich um eine Reisegruppe gehandelt.

Die „Djondollah“ hatte bereits vor drei Monaten einige iranische Grenzbeamten als Geisel genommen, um sechzehn ihrer Mitglieder, die in Iran in Haft sitzen, frei zu erpressen. Später gab die Regierung bekannt, dass die Beamten ohne Lösegeld freigelassen worden seien.

Erstaunen erweckte, dass nach dem letzten Vorfall nur neun der Getöteten beigesetzt wurden. Der Militärkommandant der Provinz, Esmail Ahmadi Moghaddam, der am Tatort erschienen war, sagte, vier bis zwölf der Reisenden würden vermisst. Demgegenüber hat die Djondollah erklärt, sie habe acht Regierungsbeamte in Geiselhaft genommen. Sollte man ihre inhaftierten Mitglieder nicht freilassen, würden die Geiseln getötet werden.

„Nach unseren Berichten haben amerikanische und britische Sicherheitskräfte die Rebellen getroffen und sie gedrängt, die Anschläge zu verüben“, sagte der Minister. Er bezog sich dabei auch auf Anschläge in der Provinz Chusistan in der Nähe zum Irak, bei denen zuletzt im Januar acht Menschen getötet worden waren. Die USA und Großbritannien wollten Verunsicherung herstellen, indem sie genau wie im Irak ethnische und religiöse Spannungen schürten. Afghanistan und Pakistan dürften die Rebellen nicht über die Grenze lassen, sagte der Minister.

#### **Iraner zum Atomprogramm befragt**

Einem Bericht von „MEMRI Newsletter“ zufolge, der sich auf die Internetseite Roozoline.com stützt, sollen Umfragen eines iranischen Instituts ergeben haben, dass die Mehrheit der Iraner das Atomprogramm nicht unterstützt. Die Umfragen, deren Ergebnisse geheim gehalten würden, seien im Januar und Februar 2006 durchgeführt worden.



Die Umfragen hätten ergeben, dass 69 Prozent der Iraner das iranische Atomprogramm nicht als nationales Projekt betrachten. 80 Prozent seien der Meinung, dass das Atomprogramm sich nicht lohne. 94 Prozent der Araber in der Provinz Chusistan und 91 Prozent der Kurden aus der Provinz Kurdistan seien der Meinung, dass das Atomprogramm ihre wichtigsten Probleme nicht lösen würde. 98 Prozent der Iraner insgesamt glaubten, dass die Atomakte zu einem Krieg zwischen Iran und USA führen werde. Sie seien der Meinung, dass Irans Schicksal so ähnlich sein werde, wie das des Irak. 28 Prozent hätten Angst vor einem Krieg der Amerikaner gegen Iran. Schließlich kommen die Umfragen zu dem Ergebnis, dass nur 11 Prozent der Iraner davon ausgehen, dass Ahmadinedschad ihre täglichen Probleme lösen werde.

Eine zweite Umfrage, über die „MEMRI“ berichtet, sei von der in Teheran erscheinende Tageszeitung „Kayhan“ durchgeführt worden. Diese Umfrage, die vom 5. bis 8. März 2006 vom „Zentrum zur Erforschung der öffentlichen Meinung“ durchgeführt wurde, sei zu ganz anderen Ergebnissen gekommen. Demnach hätten 89 Prozent der befragten Hochschullehrer und 87 Prozent der Studenten entschlossen das Atomprogramm verteidigt.

Weiter heißt es im MEMRI-Bericht: „Mehr als 89,1 Prozent der Hochschullehrer und 86,9 Prozent der Studenten seien gegen die Meinung mancher Großmächte, wonach sich Iran auf seine Öl- und Gasressourcen stützen und auf die Atomenergie zur Erzeugung von Strom verzichten sollte.“

„63,4 des iranischen Wissenschaftsrates und 56 Prozent der Studenten haben sich dagegen ausgesprochen, den europäischen Forderungen nachzugeben, falls die iranische Akte an den UN-Sicherheitsrat verwiesen wird. Auch wenn wirtschaftliche und politische Sanktionen gegen Iran durchgeführt werden sollten, sind 63,3 Prozent des Wissenschaftsrates und 52,3 Prozent der Studenten der Meinung, dass sie den Europäern nicht nachgeben sollten.“

„Für 81 Prozent der Hochschullehrer und 76,9 Prozent der Studenten ist das europäische Verhalten im Hinblick auf das iranische Atomprogramm diskriminierend. Für 75,2 Prozent der Mitglieder des Wissenschaftsrats und 65 Pro-

zent der Studenten verfolgt auch die Internationale Atombehörde eine diskriminierende Strategie.“ Europa und IAEA seien dem Diktat der Vereinigten Staaten erlegen.

Nur 9,2 Prozent der Hochschullehrer und Wissenschaftler seien der Meinung, dass Iran auf sein Anreicherungsprogramm verzichten solle, falls der UN-Sicherheitsrat in dem Konflikt eingeschaltet werde. Dieselbe Meinung werde von lediglich 9,4 Prozent der Studenten vertreten.

Für 68,5 Prozent der Hochschullehrer und 68,9 Prozent der Studenten sei das friedliche Atomprogramm ein „Prestigeobjekt“.

60 Prozent der Hochschullehrer und 54 Prozent der Studenten seien der Meinung, dass die Feindschaft der USA und der Europäer die nationale Solidarität in Iran gestärkt habe. Nur 4,4 Prozent hätten erklärt, dass der Konflikt wirtschaftliche Probleme für Iran bringen würde.

65,8 Prozent der Hochschullehrer und 53 Prozent der Studenten seien der Meinung, dass Iran viel mehr Transparenz und Kooperationsbereitschaft bewiesen habe als der Atomwaffensperrvertrag verlangen würde. 56,9 Prozent der Hochschullehrer und 51,1 Prozent der Studenten seien der Meinung, dass Iran seinen guten Willen gezeigt habe, indem die Regierung dem Zusatzprotokoll auf freiwilliger Basis zugestimmt habe, ohne die Zustimmung des Parlaments eingeholt zu haben.

Eine weitere Umfrage, die Kayhan bei Schülern und Lehrern durchgeführt hat, kommt zu einem ähnlichen Ergebnis. Die Zeitung schließt daraus, dass „90 Prozent der Lehrer und Schüler für das iranische Atomprogramm“ seien.

#### **Iraner in USA wegen versuchten Exports von Bombentechnik angeklagt**

Nach Angabe der US-Einwanderungs- und Zollbehörde ICE soll ein Iraner versucht haben, Technik zum Bombenbau aus den USA in seine Heimat zu schmuggeln. Mohammad Fazeli wurde am 16. März mit mehr als einhundert Sensoren gefasst, die er nach Iran exportieren wollte. Dem 27-Jährigen werden Verstoß gegen Exportvorschriften und das US-Handelsembargo gegen Iran vorgeworfen. In der Anklageschrift heißt es, Fazeli



wollte die im Internet gekauften 103 Sensoren zunächst in die Vereinigten Arabischen Emiraten ausführen, bevor sie von dort nach Iran verschifft werden sollten. Nach Herstellerangaben können die Sensoren möglicherweise zum Zünden von Sprengkörpern genutzt werden, erklärte die ICE. So eingesetzt könnten die Sensoren Schaden anrichten, sagte ein ICE-Beamter.

#### **Albright kritisiert US-Außenpolitik**

Die ehemalige US-Außenministerin Madeleine Albright hat in einem Beitrag für die Los Angeles Times vom 24. März die Außenpolitik Präsident Bushs scharf kritisiert. Eine „Achse des Bösen“, die die Bush-Administration erfunden habe, gebe es nicht, schrieb sie. Es sei bedenklich, wenn die Regierung die Welt in Gut und Böse aufteile. Das außenpolitische Umfeld sei wesentlich komplizierter als diese Schwarz-Weiß-Malerei.

Albright machte der Bush-Regierung drei Vorschläge für das weitere Vorgehen im Nahen Osten:

1. Bush solle die Idee aufgeben, die Tyrannei in der Welt zu beenden. Dies sei lediglich eine Phantasie, solange die schwierigen Probleme nicht angegangen würden. Iraks „Bandenkrieg“ könne von den USA nicht mehr kontrolliert werden. Amerika könne nur noch als Schiedsrichter dienen.
2. Die Regierung solle jegliche Pläne für einen Regimewechsel im Iran aufgeben; solche radikalen Regime werden durch Washingtons offenen Antagonismus nur weiter bestärkt.
3. Die USA sollten aufhören, „Solitäre zu spielen“, während die Staatsschefs des Nahen Ostens „Poker spielen“. Bushs „march of freedom“ beeindrucke die Region nur wenig.

Es bleibe zu hoffen, so Albright, dass auf lange Sicht diejenigen das Sagen im Nahen Osten bekommen, die dort Demokratie aufbauen wollen. Für den Moment werde die Region aber durch Machtpolitik bestimmt. Die Regierung müsse dies akzeptieren und das Problem angehen, bevor es zu spät ist.